

# **NEUES DEUTSCHLAND**

## **Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands**

Berlin, 3. Juni 1948

### **Die Deutschland-Politik der Sowjetunion**

**Besprechung des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Sokolowskij, mit Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union, Nuschke, Lobedanz und Hickmann**

**Berlin, 2. Juni (Kommunique) Der Oberste Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Marschall der Sowjetunion Sokolowskij, empfing am 27. Mai 1948 die Vorsitzenden der CDU der sowjetischen Zone, Otto Nuschke, Dr. Lobedanz (Mecklenburg) und Prof. Hickmann (Sachsen). An der Unterredung nahmen politische Berater der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, S o m o n o w, der Chef der Informationsverwaltung der SMAD, Oberst T u l p a n o w, und Hauptmann K r a t i n teil.**

Im Namen der Christlich-Demokratischen Union dankte Otto Nuschke Marschall Sokolowskij für den Empfang. Er betonte, dass die deutsche Bevölkerung der Zone eine tiefe Genugtuung über die letzten Maßnahmen der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland – Streichung der Rückstände der Bauern, Beendigung der Entnazifizierung, Amnestie für Verhaftete und Erleichterung der Haftordnung für Zivilinternierte – empfunden habe. In diesen Maßnahmen erblickt die CDU eine neue Etappe in der Entwicklung der sowjetischen Besatzungszone und ein Zeichen für das erstarkte Vertrauen der Sowjetischen Besatzungsbehörden zu der Bevölkerung der Zone. Die Leitung der CDU ist gewillt, dieses Vertrauen zu festigen, sowie das Verständnis für die politische Lage in Deutschland unter den Mitgliedern der CDU zu vertiefen.

Anschließend gab Marschall Sokolowskij die nachstehenden Antworten auf die ihm von den Vorsitzenden der CDU gestellten Fragen.

1. **F r a g e :** Die Gegner der Demokratie und des Wiederaufbaus versuchen, dadurch Unruhe in das Volk zu tragen, dass sie behaupten:
  - a) der Volksrat wäre die Vorstufe für die Schaffung einer kommunistisch gesteuerten Einheitspartei der Ostzone
  - b) die UdSSR wolle die Ostzone von den übrigen deutschen Gebieten loslösen und in irgendeiner Form Russland angliedern
  - c) die sowjetische Besatzungsmacht will keine demokratischen Wahlen in der Ostzone zulassen oder beabsichtigt zumindest, sie auf unbestimmte Zeit zu vertagen

Sind Sie, Herr Marschall, bereit uns zu diesen Fragen den Standpunkt der Besatzungsmacht bekanntzugeben?

**A n t w o r t :** Die Behauptungen der Feinde der Demokratie enthalten keinen Tropfen Wahrheit. Die Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland ist allgemein bekannt.

(Fortsetzung Seite 3)

# Die Deutschland-Politik der SU

## Antworten Marschall Solokowskijs auf Fragen der Vorsitzenden der CDU

(Fortsetzung von Seite 1)

Sie lasen kürzlich den Brief des Chefs der Sowjetregierung, J.W. Stalin, an Wallace. Ihnen ist ebenfalls die Tass-Mitteilung über die Stellungnahme der sowjetischen führenden Kreise zu den sowjetisch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten bekannt. In der Tass-Mitteilung hieß es zu der sowjetischen und amerikanischen Haltung gegenüber Deutschland folgendermaßen:

*Friedensschluß mit Deutschland. In seiner Erklärung vom 9. Mai umgeht das Staatsdepartment das Problem des wünschenswerten Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Abziehung der Besatzungstruppen. Das Staatsdepartment erklärt das Fehlen eines Abkommens über die deutsche Frage mit der Haltung der Sowjetunion. Es wird der Versuch gemacht, die Schuld von sich auf andere abzuwälzen.*

*Indessen bestehen bekanntlich in der Deutschlandfrage Beschlüsse der Jaltaer und der Potsdamer Konferenz der Regierungschefs der USA, der UdSSR und Großbritanniens. Wenn die USA-Regierung auf dem Standpunkt der Jaltaer und Potsdamer Konferenz stehen würde, was auch die Sowjetunion anstrebt, so kann es keinen Zweifel geben, dass der Außenministerrat seinen Aufgaben bei der Erörterung der deutschen Frage auf der Moskauer und der Londoner Konferenz im vergangenen Jahr erfolgreich gerecht geworden wäre. Das ist hauptsächlich aus dem Grunde nicht geschehen, weil die USA-Regierung den Vorschlag der Sowjetunion auf Vorbereitung des Friedensvertrages mit Deutschland ablehnte. Sie lehnte auch den Vorschlag der Sowjetunion auf Einsetzung zentraler deutscher Wirtschaftsverwaltungen ab, obwohl dies direkt im Potsdamer Abkommen vorgesehen war, und sie wies ebenso den Antrag der Sowjetunion auf Bildung einer gesamtdeutschen Regierung zurück, obwohl dies zur Herstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit notwendig ist.*

*Die USA-Regierung erfüllt nicht die Beschlüsse von Jalta und Potsdam über die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands, obwohl dies die wichtige Voraussetzung für die Gewährleistung des festen Friedens und der Sicherheit der Völker Europas ist. Im Gegenteil, sie befolgt eine direkt entgegengesetzte Deutschlandpolitik, stützt sich auf die deutschen aggressiven Kreise und die deutschen Monopole, die in der Vergangenheit eine Stütze des Hitlertums waren, und trägt zur Wiederherstellung des kriegswirtschaftlichen Potentials Deutschlands bei. Eine solche Politik birgt die Gefahr in sich, dass der westliche Teil Deutschlands in einen strategischen Stützpunkt für eine künftige Aggression in Europa verwandelt wird. Diese Politik der USA wird auch gegenwärtig auf der Sechsmächte-Besprechung zur deutschen Frage befolgt.*

Aus Obengesagtem ist ersichtlich, dass unser Ziel darin besteht, die Umwandlung Deutschlands in einen einheitlichen demokratischen friedliebenden Staat auf den Grundlagen zu erreichen, die in den Bestimmungen der Potsdamer Konferenz formuliert worden sind. Gerüchte über irgendeinen Anschluß der Ostzone an Russland oder dergleichen sind zweifellos unsinnig und verleumderisch. Es ist andererseits allgemein bekannt, dass zur Zeit auf der Konferenz der sechs Westmächte in London die Frage der Bildung eines westdeutschen Staates mit einer eigenen Regierung, Verfassung und Währung erörtert wird. Ich muß unterstreichen, dass derartige Beschlüsse über Deutschland sowohl den Interessen der friedliebenden Völker Europas als auch - soweit mir bekannt ist - den Interessen des deutschen Volkes widersprechen, was das in der sowjetischen Besatzungszone durchgeführte Volksbegehren für die Einheit Deutschlands beweist. Die Feinde der Demokratie und des Wiederaufbaus versuchen, das Volksbegehren für die Einheit Deutschlands in Verruf zu bringen, indem sie es als „kommunistisches Manöver“, „unnütze Maßnahme“, „Fälschung der Volksmeinung“ usw. bezeichnen. Jedoch hinter all diesem Lärm, hinter den politischen Verboten, Verfolgungen und Verhaftungen versteckt sich die Angst davor, dass die Meinung des deutschen Volkes über die Einheit Deutschlands zum Ausdruck kommt.

Auf Initiative der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsbehörden erfolgte nach der Krise im Kontrollrat in der zweiten Märzhälfte d.J. eine weitere Vertiefung der Zerspaltung Deutschlands. Es ist verständlich, dass die Vertiefung der Zerspaltung Deutschlands und die separaten Londoner Beschlüsse der drei Mächte eine Empörung des deutschen Volkes hervorrufen, dass das auf Initiative des Volksrates organisierte Volksbegehren dazu benutzt, um zum Ausdruck zu bringen, dass es mit der Aufspaltung Deutschlands nicht einverstanden ist, um dagegen Protest zu erheben und die Aufrechterhaltung der Einheit des deutschen Staates zu fordern.

**Die Feinde der Demokratie, die ihre Schwäche fühlen, nehmen zur Lüge, Scheinheiligkeit und Heuchelei Zuflucht, um den wahren Charakter ihrer Spaltungspolitik zu tarnen.**

Ich werde mich daher nicht wundern, wenn die Spalter anfangen, pharisäerhaft zu beweisen, dass sie Deutschland aufgespalten haben, um es zu einigen oder dass die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung nicht nötig sei, weil eine westdeutsche Marionettenregierung bereits bestehe. In Wirklichkeit ist es jedoch unmöglich, den Spaltungscharakter derartiger Handlungen durch propagandistische Kniffe oder falsche Pharisäerphrasen zu verdecken.

Was den Volksrat betrifft, so kennt ihre Partei, deren Leiter zu den Vorsitzenden des Volksrates gehört, besser als ich die Rolle und die Bedeutung dieses Organs. Der Volksrat ist – wie ich es mir vorstelle – ein gesamtdeutsches Organ der demokratischen Öffentlichkeit, das von dem Volkskongress zur Organisation des Kampfes für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden gewählt wurde. Am Volksrat nehmen nicht nur alle demokratischen Parteien und Organisationen der sowjetischen Besatzungszone, sondern auch die Vertreter der demokratischen Öffentlichkeit, der verschiedenen Richtungen der Westzonen teil. Einheit und gerechter Frieden sind das Ziel.

Der Volksrat setzt sich das Ziel, den Kampf des deutschen Volkes für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden zu organisieren. Es ist unmöglich zu verstehen, wie er diese seine Aufgabe verwirklichen könnte, wenn er seine Tätigkeit nur auf den Rahmen einer Zone begrenzen würde. Es ist klar, dass der Volksrat Deutschlands, der für Einheit und gerechten Frieden kämpft, wenn er nur auf dem Boden einer oder einiger Zonen bleiben würde, die die Bildung einer gesamtdeutschen demokratischen Regierung erfordert, noch einen gerechten Frieden, der nicht mit einer oder einigen Zonen geschlossen werden kann. Daher kann der Volksrat kein „Organ einer Einparteienverwaltung der Ostzone sein. Die Behauptung, daß wir keine demokratischen Wahlen in der Zone zulassen wollen, entbehrt jeder Grundlage. Die Frage der Wahlfristen muß unbedingt unter Berücksichtigung der Wünsche der deutschen Öffentlichkeit entschieden werden.

- 2. Frage: Wir erkennen dankbar an, daß in immer stärkerem Umfange von der Sowjetunion deutsche Kriegsgefangene zur Entlassung kommen. Bei den Spannungen, die zwischen den Mächten bestehen, ist vielfach die Befürchtung laut geworden, dass sich die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion verzögern wird.**

**Antwort:** In Frankfurt (Oder) treffen täglich Transporte mit Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion ein. Jetzt, während der Sommerperiode, wird sich die Zahl der Transporte erhöhen. Ich erblicke daher keinerlei Gründe, um von einer Änderung der Lage in dieser Frage zu sprechen.

- 3. Frage: Die Verordnung zur Durchführung der Bodenreform stellt die Enteignung der Großgrundbesitzer und der aktiven Faschisten sowie der Kriegsverbrecher dar. Diese Enteignungen sind bereits durchgeführt. Wir haben uns von Anfang an für die Durchführung der Bodenreform eingesetzt und begrüßen, dass durch den Befehl nunmehr in stärkerem Umfang als bisher der Aufbau und die wirtschaftliche Festigung der Neubauern in Angriff genommen wird. Die Gegner der Bodenreform versuchen jedoch immer wieder, dadurch Unruhe unter die Landbevölkerung zu tragen, dass sie behaupten, man werde jetzt nach und nach die Enteignung aller bäuerlichen Betriebe**

über 20 Hektar durchführen. Wir würden es daher begrüßen, wenn nunmehr, ähnlich wie es bei den Sequestrierungen und Entnazifizierungen geschehen ist, eine Anordnung getroffen wird, wonach neue Enteignungen auf Grund der Verordnung über die Bodenreform nicht vorgenommen werden dürfen. Eine derartige Anordnung würde nach unserer Auffassung wesentlich zur Beruhigung der ländlichen Bevölkerung beitragen, den Bauern das Gefühl der Sicherheit des Besitzes geben und ihre Arbeits- und Leistungskraft steigern.

**A n t w o r t :** Ich kann ganz offiziell erklären, dass keinerlei Pläne bestehen, die Wirkung der Bodenreform zu erweitern, und da keinerlei neue Bodenenteignungen in der sowjetischen Besatzungszone stattfinden werden. Die Bauern könne mit voller Gewißheit ihr Land bearbeiten und die Produktivität der Landwirtschaft steigern. Soweit mir bekannt ist, hat die Deutsche Wirtschaftskommission ebenso wie die Sowjetische Militärverwaltung Beschlüsse gefasst, die Festigung der Landwirtschaft und besonders die Neubauernschaft zu fördern.

Ich würde Ihnen raten, den Kampf gegen die Verbreitung von provokatorischen und unsinnigen Gerüchten entschieden zu verschärfen, die von den Feinden der Demokratie ausgehen, deren Ziel es ist, eine Ungewissheit in die Reihen der Werktätigen in Stadt und Land zu tragen, die angestrengt an der Lösung der Aufgabe des Wiederaufbaus der Friedenswirtschaft und an der Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung arbeiten.

- 4. F r a g e :** Handwerk und Gewerbe befürchten vielfach die Enteignung aller mehr oder weniger größeren Betriebe. Dadurch ist die Unsicherheit im Wirtschaftsleben entstanden. Eine Erklärung von Ihnen, Herr Marschall, in dem Sinne, dass nach Durchführung der Sequestrierungsmaßnahmen weitere Enteignungen gewerblicher Betriebe nicht mehr vorgenommen werden, würde wesentlich zur Beruhigung der Bevölkerung und zur Stärkung ihrer Produktionsfähigkeit beitragen.

**A n t w o r t :** Über die Sequestrierungsfrage gibt es einen klaren Befehl, in dem es heißt, dass es keinerlei weitere Sequestrierungen und Beschlagnahmungen mehr geben wird.

Es ist unbedingt notwendig, die Industrie- und Gewerbebetriebe, die dazu berufen sind in steigendem Umfang die notwendigen Waren für die Bevölkerung zu erzeugen, weiterzuentwickeln. Wir raten Ihnen und anderen Parteien praktische Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität der Industrie und gewerblichen Unternehmen in der sowjetischen Besatzungszone und vor allem aller Unternehmen zu überlegen, die in das Eigentum des Volkes übergegangen sind, in der Wirtschaft der Zone führend sind und eine große Bedeutung für die Arbeit der gesamten Industrie und des Gewerbes haben.

Wir haben der Deutschen Wirtschaftskommission wichtige Funktionen bei dem Wiederaufbau und der Entwicklung der Wirtschaft in der Zone übertragen. Es ist unbedingt notwendig, ihre Arbeit mit allen Mitteln zu fördern, um im beschleunigten Tempo die Friedenswirtschaft zu entwickeln.

- 5. F r a g e :** Die Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung mit den notwendigen Textilien und besonders mit Schuhzeug lässt noch sehr zu wünschen übrig. Wir uns keineswegs Illusionen über die heutige Wirtschaftslage. Trotzdem bitten wir zu prüfen, ob es nicht möglich ist durch Einfuhr von Rohstoffen und Freigaben von Fertigfabrikaten Bedingungen für die Verbesserung der Versorgung der deutschen Bevölkerung zu schaffen.

**A n t w o r t :** Die aktive Entwicklung der Produktion in der sowjetischen Besatzungszone schafft Voraussetzungen für die Verbesserung der Versorgung der deutschen Bevölkerung. In dieser Hinsicht wird eine Reihe von Maßnahmen ergriffen.

Die Höhe der Produktion der wichtigsten Gebrauchsgüter im Jahre 1948 geben uns die Möglichkeit, annähernd folgende Anzahl von Waren für die Versorgung der deutschen Bevölkerung (außer dem inneren Industriebedarf in der Zone) zu planen:

Schuhe ...	14 Millionen Paar
Stoffe ....	45 Millionen Meter
Trikotagen für	90 Millionen Mark

Für die Versorgung der deutschen Bevölkerung sind annähernd folgende Mengen vorgesehen, die aber noch erhöht werden können, wenn zusätzlich die inneren Hilfsquellen mobilisiert:

Schuhe ....	16 Millionen Paar
Stoffe .....	70 Millionen Meter
Trikotagen für	130 Millionen Mark

Die Produktion dieser Waren wird im Jahr 1949 noch ein höheres Niveau erreichen. Die sowjetische Besatzungszone hat ihre Außenhandelsbeziehungen bedeutend erweitert. Bereits jetzt hat sowjetische Besatzungsmacht Außenhandelsbeziehungen zu 17 Ländern, davon mit 10 auf der Grundlage von Handelsverträgen aufgenommen. Wir beabsichtigen, die Lage der deutschen Industrie ebenfalls durch Rohstoffimporte zu erleichtern.

Es ist ebenfalls außerordentlich wichtig, die Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Zone mit den demokratischen Ländern Mittel- und Südosteuropas zu erweitern. Das Beispiel des Abkommens mit Polen beweist, dass man auf diesem Wege sehr wichtige Ergebnisse erzielen kann.

Überaus wichtig für den Rohstoffimport aus anderen Ländern ist es auch, die Produktion von Exportwaren, darunter auch die der Kleinbetriebe zu erweitern sowie neue Waren, für die auf dem europäischen Markt eine Nachfrage herrscht ausfindig zu machen.

Ich möchte ebenfalls nochmals auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Produktion in der Zone hinweisen, die zur Zeit eine grundlegende Aufgabe darstellt. Die aktive Einbeziehung sämtlicher demokratischer Kräfte für die Durchführung dieser Aufgabe wird uns eine Beschleunigung des Arbeitstempos bei dem Wiederaufbau und der Entwicklung der Wirtschaft sichern, was der Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards der Bevölkerung und der Festigung der Demokratie dient.

Zum Schluß der Unterredung ließ sich Marschall S o k o l o w s k i j über die Arbeit der CDU berichten. Die Vorsitzenden der CDU teilten mit, dass die Partei zur Zeit aktiv an der Durchführung des Volksbegehrens teilnimmt. Die CDU ging aus der Krise als eine einige, erstarkte Organisation hervor. Die Zahl der Mitglieder steigt. Die Vorsitzenden der CDU erklärten Marschall Solokowskij ebenfalls, dass die CDU fest den fortschrittlichen Weg ihrer Entwicklung beschritten hat.